Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,600.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 180. Sonnabend den 28. Juni 1884. 78. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Um bei Ausgabe der Legitimationskarten zum Abholen des Tageblattes beim Quartalwechsel den Andrang möglichst zu beschränken, haben wir die Einrichtung getroffen, daß

Karte und Rechnung bereits von heute an

in Empfang genommen werden können.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 29. Juni, Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Am Montag den 30. Juni dieses Jahres wird mit der Einlegung von Gasrohren auf dem zwischen Kaiser-Wilhelm-Straße und Bayerischen Straße belegenen Theile der **Schenkendorffstraße** begonnen.

Es werden deshalb die jeweilig in Angriff genommenen Strecken auf die Dauer der Arbeiten für **allen unbefugten Fahrverkehr gesperrt.**

Leipzig, am 25. Juni 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hennig.

Bekanntmachung.

Die Zinsen der Frege'schen Stiftung zur Belehnung treuer und unbescholtener Dienstboten, welche mindestens 20 Jahre hindurch bei einer oder doch nur bei zwei Herrschaften in hiesiger Stadt im Dienste gestanden haben, sind am 30. August d. J. in Beträgen von mindestens 30 ℳ zu vertheilen.

Empfangsberechtigt sind nur wirkliche Dienstboten, d. h. solche, welche zur ausschließlichen Leistung häuslicher Dienste gedungen sind und bei der Dienstherrschaft Wohnung und Kost haben.

Bewerbungen sind bis zum 28. Juli d. J. unter Beifügung von Zeugnissen der Dienstherrschaften bei uns anzubringen. Spätere Anmeldungen, sowie Bewerbungen von Dienstboten, welche aus obiger Stiftung bereits einmal belohnt worden sind, können nicht berücksichtigt werden.

Leipzig, den 24. Juni 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hennig.

Bekanntmachung.

Die Lieferung von **Bordsteinen** für das Jahr 1884 soll an einen Lieferanten vergeben werden.

Die Bedingungen für diese Lieferung liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Etage, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Lieferung von Bordsteinen"

versehen ebendaselbst und zwar bis zum **7. Juli** lfd. Jhrs. Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Leipzig, am 23. Juni 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Eichorius.

Bekanntmachung.

Die Herstellung der schmiedeeisernen Geländer auf den neu zu erbauenden Ufermauern am Schulplatz und an Lurgenstein's Garten soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Ufermauergeländer"

versehen ebendaselbst und zwar bis zum **7. Juli lfd. J., Nachmittags 5 Uhr** einzureichen.

Leipzig, am 20. Juni 1884.

Des Raths der Stadt Leipzig
Straßenbau-Deputation.

Bekanntmachung.

Die Ausführung der Erd-, Maurer- und Steinmetzarbeiten für den Neubau der Ufermauern am Schulplatz und an Lurgenstein's Garten soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Ufermauerbau"

versehen ebendaselbst, und zwar bis zum 7. Juli laufenden Jahres, Nachmittags 5 Uhr, einzureichen.

Leipzig, am 20. Juni 1884.

Des Raths der Stadt Leipzig
Straßenbau-Deputation.

Bekanntmachung.

Die Herstellung von Mosaikpflaster in der Liebigstraße soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, II. Etage, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Mosaikpflaster in der Liebigstraße"

versehen ebendaselbst und zwar bis zum

9. Juli cr., Nachmittags 5 Uhr

einzureichen.

Leipzig, am 27. Juni 1884.

Des Raths der Stadt Leipzig
Straßenbau-Deputation.

Bekanntmachung.

Die Herstellung von verschiedenen Fußweg-Uebergängen in Schlackenpflastersteinen soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Fußwegübergänge"

versehen ebendaselbst und zwar bis zum 5. Juli laufenden Jahres Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Leipzig, am 23. Juni 1884.

Des Raths der Stadt Leipzig
Straßenbau-Deputation.

Erledigt

hat sich die unter dem 20. Juni d. Js. erlassene Bekanntmachung, die ledige

Bertha Anna Heinerici

aus Zwenkau betreffend.

Leipzig, den 23. Juni 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armenamt.)
Ludwig-Wolf. Dolge.

Erledigt

hat sich unsere Bekanntmachung vom 10. April dss. Js., den Schieferdecker **Friedrich Max Robert Kohfeld** betreffend.

Leipzig, den 21. Juni 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armenamt.)
Ludwig-Wolf. Werner.

Gesucht

wird der am 30. August 1854 zu Beuthnig bei Groß-Glogau geborene Bergolder

Franz Josef Anton Kretschmer,

welcher zur Fürsorge für seine der öffentlichen Unterstützung anheimgefallene Familie anzuhalten ist.

Leipzig, am 23. Juni 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armenamt.)
Ludwig-Wolf. Werner.

Erledigt

hat sich die von uns unter dem 20. dss. erlassene Bekanntmachung, die Persönlichkeit der am 14. dss. Mts. im Bidet in Folge eines Blutsturzes verstorbenen Frau betreffend.

Leipzig, den 24. Juni 1884.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider.

Bekanntmachung.

Die auf das Winterhalbjahr 1884/85 für das Königliche Amtsgericht Leipzig zu liefernden circa

6000 Ctr. gute schlackenfreie Fechtschachtkohle,
700 „ böhm. Braunkohle, beste Qualität,
3000 Klgr. Petroleum,

sind unter den bei der unterzeichneten Cassenstelle einzusehenden Bedingungen zu vergeben.

Angebote sind bis

7. Juli dieses Jahres

schriftlich anher einzureichen. Auswahl unter den Offerenten bleibt vorbehalten.

Leipzig, am 26. Juni 1884.

Haupt-Sportelcassen-Verwaltung im Königlichen Amtsgericht dsl. Zimmer 100.

Bekanntmachung.

Die Lieferung von

30 Ctr. Petroleum,
6000 „ circa guter schlackenfreier Fechtschachtkohle und
1000 „ „ böhmischer Braunkohle bester Qualität

auf das Winterhalbjahr 1884/85 für das Königliche Landgericht und die Staatsanwaltschaft hier soll unter den bei der Cassenverwaltung des Landgerichts einzusehenden Bedingungen vergeben werden.

Angebote sind bis zum

10. Juli d. J.

schriftlich einzureichen und bleibt Auswahl unter den Reflectanten vorbehalten.

Leipzig, am 27. Juni 1884.

Das Königliche Landgericht.

Die Stelle eines **Schutzmanns** in hiesiger Gemeinde, welche mit 800 ℳ Gehalt und 60 ℳ Bekleidungsgeld dotirt ist, ist sofort zu besetzen. Geeignete Bewerber, welche ihrer Militairpflicht genügt haben müssen, wollen ihre selbstgeschriebenen Gesuche auf dem Gemeindebureau Möckern abgeben.

Möckern, den 26. Juni 1884.

Der Gemeindevorstand.

Nichtamtlicher Theil.

Zur Colonisationsfrage.

Eine gleiche Begriffsverwirrung, wie sie die Postdampfervorlage zu Wege gebracht hat, ist noch nicht dagewesen, so lange wir ein deutsches Parlament haben. Das deutsche Volk hat die Erklärungen, welche der Reichskanzler in der Commission abgegeben hat, mit freudiger Zustimmung begrüßt, es war vollkommen zufrieden damit, daß die Reichsregierung seinen Colonisationsbestrebungen helfend und fördernd zur Seite steht, und daß sie sich nicht mit dem Schutz begnügen will, welchen sie dem Hause Lüderitz als Besitzer von Angra Pequena gewährt, sondern daß sie diesen Schutz überall da gewähren will, wo deutsche Colonisten sich ansiedeln, nachdem sie das zu colonisirende Gebiet in Besitz genommen haben; da tritt plötzlich Windthorst am Donnerstag im Reichstage auf und verkündet: „Der Reichskanzler hat in der Commission Aeußerungen über die Colonisation gethan, von denen ich wünschte, daß ganz Deutschland sie hörte; denn sie würden die Begeisterung für die Colonisation dämpfen." Nun, ganz Deutschland hat die Worte des Reichskanzlers gehört, aber seine Begeisterung für die Colonisation ist dadurch nicht gedämpft, sondern nur vergrößert worden. In welchem Sinne der Reichskanzler die Förderung der Colonisation versteht, hat er in der Commissionssitzung vom Montag deutlich genug zu erkennen gegeben, indem er sagte, daß die Colonisation aus der Mitte des Volkes herauswachsen müsse, und daß sich das Reich auf den Schutz des durch Privatbestrebungen Geschaffenen beschränken würde. Im Reichstage hat dann der Reichskanzler noch hinzugefügt: „Natürlich würden wir eine ganz falsche Politik treiben, wenn wir Ober- und Unterbeamte und Garnisonen in die Colonie schicken wollten; wir wollen vielmehr den Interessenten der Colonien gleichzeitig auch das Regieren überlassen und die Autorität etwa durch einen Consul wahren. Wir wollen nicht Provinzen gründen, aber deutsche Niederlassungen schützen durch das Reich." Da geht dem Abgeordneten Eugen Richter erst ein Licht auf, so daß er mit dem Bekenntniß herausrückt: durch die höchst dankenswerthen Aufklärungen, welche Fürst Bismarck soeben gegeben habe, seien viele Befürchtungen zerstreut, und die ganze Situation wesentlich zum Vortheile der Subventionsvorlage geklärt. So begriffsstützig ist Eugen Richter nicht, daß es für ihn der ausdrücklichen Mittheilung des Reichskanzlers bedurft hätte, daß er keine Provinzen in fernen Ländern gründen und Reichsbeamte und Militair hinschicken wolle, sondern die Interessen der Colonien durch Consuln vertreten lassen wolle. Nein, Eugen Richter ist allmälig zu der Einsicht gelangt, daß der Widerstand der Deutsch-Freisinnigen gegen die Dampfervorlage ihnen bei den bevorstehenden Reichstagswahlen ganz unberechenbaren Schaden zufügen könnte, und deshalb hat er es vorgezogen, noch kurz vor Thoresschluß eine Schwenkung zu vollziehen und das ganze Odium für das Scheitern der Vorlage auf das Centrum zu wälzen. Damit wird er aber wenig Glück haben; denn man braucht nur die Rede Bamberger's zu lesen, um zu erkennen, daß dieser und natürlich seine Anhänger gleichfalls diese Schwenkung nicht mitzumachen gesonnen sind, daß er vielmehr noch genau auf demselben Standpuncte steht, den er am 14. Juni im Reichstage in zweistündiger Rede auseinandergesetzt hat. Er will „den Frieden des Reiches nicht von jedem Colonisations-Abenteurer gefährden lassen", und außerdem hatte der Herr die Stirn, zu sagen: er habe die Frage etwas spöttisch behandelt; denn die hohle Eitelkeit des deutschen Volkes verdiene diesen Spott. Auf so thörichte, von maßloser Selbstüberschätzung zeugende Worte giebt es nur eine Antwort, und das ist die Ablehnung der Wiederwahl des Herrn Bamberger, für welche ja in Rheinhessen im Wahlbezirke Bamberger's bereits heute agitirt wird.

Auch die Rede Rickert's in der Donnerstagssitzung des Reichstags verrieth nur das Bestreben, den durch seine bisherige Haltung in der Postdampferfrage bei den Wählern gemachten Eindruck abzuschwächen. „Die Aeußerungen des Herrn Reichskanzlers über Colonisation sind von unserer Partei freudig begrüßt worden, wir sehen darin das Heil der Zukunft". Das klingt doch ganz anders, als die Nichtbewilligung der geforderten 4 Millionen für die Einrichtung von Postdampferverbindungen. Aber auch dafür weiß Herr Rickert einen Ausweg: „Wir haben der Vorlage in dieser Form nicht zugestimmt, damit ist doch aber nicht gesagt, daß wir uns gegen jede Subventionen erklären". Solche Wechsel auf die Zukunft üben auf die Wähler nach den Erfahrungen der gegenwärtigen Reichstagssession keine Wirkung mehr aus. Die Abgeordneten von der freisinnigen Partei werden ihren Wählern darüber Rede stehen müssen, weshalb sie gegen die Verlängerung des Socialistengesetzes gestimmt, weshalb sie dem Zustandekommen des Unfallversicherungsgesetzes Hindernisse bereitet und weshalb sie die Bewilligung der Dampfervorlage vereitelt haben. Der Truppenwitz kommt jetzt zu spät, die Session ist zu Ende, und es wird sich zu zeigen, ob die Herren Freisinnigen mit ihrem Rechenschaftsbericht vor ihren Wählern bestehen werden.

Die Erklärung, welche sich der Reichskanzler am Montag Abend durch die Theilnahme an der Commissionssitzung zugezogen hat, scheint nicht von Bedeutung zu sein, wie aus seinen schlagfertigen Reden vom Donnerstag erfreulicher Weise hervorgeht. Die Abfertigung, welche er Bamberger zu Theil werden ließ, wird dieser so bald nicht verwinden: „Was Herr Dr. Bamberger von der Schwäche unserer Marine gesagt hat, mag richtig sein; ich als Kanzler des deutschen Reiches habe nicht den Muth gehabt, diese Bankerotterklärung unserer Marine auszusprechen". Es war nicht möglich, die ganz verwerfliche Haltung Bamberger's treffender zu charakterisiren. Und was erwiderte der so Abgefertigte? „Der Reichskanzler meinte, ich habe gesprochen wie ein englischer Minister. O nein, ein englischer Minister hätte gerade gewünscht, daß Deutschlands Marine irgendwo engagirt ist, wo England sie gelegentlich festhalten kann." Wenn dem wirklich so wäre, dann hätte England nicht in der Angra-Pequena-Angelegenheit kein beigegeben. England hütet sich wohlweislich, mit Deutschland Händel anzufangen, Herr Bamberger traut den Engländern feindliche Absichten zu, die sie in der That nicht haben.

Der Reichskanzler nahm auch Gelegenheit, Deutschlands Beziehungen zu Frankreich zu erwähnen, und in dieser Hinsicht hat er allerdings „höchst dankenswerthe Aufklärungen" gegeben. Bismarck war es, der es nicht zu einem zweiten Kriege mit Frankreich hat kommen lassen, obwohl die Neigung dazu überall vorhanden war. Und heute sind unsere Beziehungen zu Frankreich so vertraulich und freundlich wie zu irgend einem Lande, es herrscht volles Vertrauen auf Gegenseitigkeit und Ehrlichkeit. Fürst Bismarck gab seiner Freude über diese Thatsache Ausdruck, um zugleich jeder Mißdeutung seiner neulichen Bemerkung über den Rosenstüber zu begegnen, der in der Gegend von Metz seine Rückwirkung äußern würde.

Wir bedauern es lebhaft, daß die Dampfervorlage in dieser Session nicht mehr zu Stande gekommen ist; da sie aber dem nächsten Reichstage wieder vorgelegt werden wird, so ist Hoffnung vorhanden, daß sie dann um so sicherer angenommen wird, wenn auch Windthorst mit dem Gelde der Steuerzahler nicht speculiren will. Dieser Appell an die Wähler mag seine Wirkung nicht verfehlen, aber andererseits erweckt die heutige Sachlage die besten Erwartungen für die nächsten Reichstagswahlen. Mit einem verhängnißvolleren Schlußeffect für die Zukunft der deutschfreisinnigen Partei konnte die Reichstagssession nicht zum Abschluß kommen, als er durch die Haltung der Freisinnigen in der Dampferfrage erzielt worden ist. Zuerst vollständiger Mangel an Verständniß für die nationale Bedeutung der Vorlage, und dann plötzlich eine nachträgliche Einsicht, deren Gewaltsamkeit ganz unverkennbar zu Tage liegt. Mit einer so schwankenden Haltung der Abgeordneten ist liberalen Wählern nicht gedient, diese haben ein Recht darauf, von den Abgeordneten zu verlangen, daß sie wissen, was sie wollen, und daß ihnen das Wohl des Ganzen höher steht, als engherzige Parteirücksichten. Die deutsch-freisinnige Partei hat sogleich in der ersten Reichstagssession nach ihrer Constituirung ein so entschiedenes Fiasko gemacht, daß ihr kein günstiges Prognostikon für ihre fernere Wirksamkeit gestellt werden kann. Wenn die 100 bei den nächsten Reichstagswahlen auf 50 zusammenschrumpfen, dann kann die „freisinnige Partei" noch von Glück sagen. *

Leipzig, 28. Juni 1884.

* Mit dem bevorstehenden Schlusse der Reichstagssession dürfte auf dem Gebiete der inneren Politik zunächst eine zeitweilige Abspannung und Stille eintreten, wie sie das charakteristische Merkmal der sogenannten saison morte bildet. Wesentlich andere Perspectiven eröffnen sich jetzt der auswärtigen Politik. Seit den Tagen des Berliner Congresses, resp. der Berliner Conferenz, ist die europäische Diplomatie kaum jemals so geschäftig gewesen, wie eben jetzt. Die Erklärung hierfür ist unschwer zu finden. Alle Welt weiß, daß eine ganze Reihe schwebender Fragen ihrer Entscheidung harrt, und zwar in möglichster Bälde. Als erste auf dem Plane erscheint die Regelung des egyptischen Problems mittelst westmächtlicher Initiative, aber unter gemeinsamer Autorität der leitenden Cabinete. In enger Wechselbeziehung mit dem eigentlichen egyptischen Probleme steht die Frage betreffs Neutralisirung des Suezcanals und betreffs Regelung der internationalen Sanitätscontrole. Ein ganz besonderes Interesse nimmt die Congofrage in Anspruch. Endlich hat sich zu den vorstehend erwähnten Affairen noch der serbisch-bulgarische Streitfall als letztes actuelles Object der europäischen Jurisdiction gesellt. Alle diese Fragen harren ihrer Austragung im Conferenzwege. Was nun die Domicilirung der verschiedenen projectirten Conferenzen anlangt, so ist darüber, abgesehen von London, als dem Orte des Zusammentritts der im engeren Sinne des Wortes sogenannten egyptischen Conferenz, noch gar nichts mit Sicherheit bestimmt. Wohl hört man Rom als den Versammlungspunct für die Conferenz betreffs der Regelung der Sanitätscontrole in Egypten nennen, während für die Congo-Conferenz auf Paris oder Brüssel hingewiesen wird, und damit Berlin nicht leer ausgehe, nennt man die deutsche Reichshauptstadt als den muthmaßlichen Versammlungsort der serbisch-bulgarischen Conferenz.

* Man wird erwarten dürfen, daß die dritte Lesung des Unfallversicherungsgesetzes rasch zu Ende geht. Die Differenzpuncte sind schon in den vorangegangenen Berathungen aufs Gründlichste erörtert und es ist jetzt eine Grundlage hergestellt, auf welcher das Zustandekommen des Gesetzes mit einer sehr bedeutenden Mehrheit gesichert ist. Die Zugeständnisse, welche Centrum und Conservative noch in letzter Stunde, namentlich in der Carenzfrage, gemacht haben, erleichtern den Nationalliberalen die Zustimmung zu dem Gesetz wesentlich, wenn sie gleich auch jetzt noch schwerwiegende Wünsche zu unterdrücken sich entschließen müssen. Es ist erfreulich, daß eine so wichtige und grundlegende socialpolitische Reform nicht mit einer knappen Mehrheit von wenigen Stimmen, sondern mit dem vollen Gewicht der Uebereinstimmung aller Parteien mit Ausnahme der äußersten Linken ins Leben tritt. Ihre Wirksamkeit muß dadurch wesentlich erhöht werden.

* Sonntag den 29. Juni findet in Darmstadt eine allgemeine Landesversammlung der hessischen Nationalliberalen statt. Die Herren Marquardsen, Enneccerus und hessische Landtagsabgeordnete werden sprechen.

* Einen grellen Mißklang in die schöne Harmonie der ostasiatischen Action des Herrn Ferry bringt die in Paris eingegangene Meldung aus Hanoi, daß die Chinesen in vertragswidriger Weise neuerdings feindselig gegen französische Truppen aufgetreten sind. Mehrere tausend Mann regulärer chinesischer Soldaten haben am Montag das auf dem Marsche nach Langson befindliche Detachement angegriffen und demselben ein relativ ernstes Gefecht geliefert, in welchem die Franzosen sieben Todte und zweiundvierzig Verwundete einbüßten. General Negrier ist sofort mit Verstärkungen nach dem Schauplatze des Kampfes abgegangen und wird ohne Zweifel für ausgiebigste Genugthuung der französischen Waffen sorgen. Der Zwischenfall zeigt aber, wie unberechenbar nach europäischen Begriffen die Zustände in den neuesten französischen Territorialerwerbungen sind.

* Auch die Russen haben Anlaß, mit den Chinesen unzufrieden zu sein. Aus Kuldschah geht den „Moskowskija Wedomosti" eine Correspondenz zu, in welcher bittere Klage über die Handlungsweise der chinesischen Behörden geführt wird.

„So haben", schreibt der Correspondent, „die chinesischen Behörden unlängst befohlen, alle russischen Unterthanen aus Chotan, Yarkend und Ak-Su auszuweisen. Aus Ak-Su sind die Ausgewiesenen als Bettler bereits in Kuldschah angekommen. Ihre eigenen Unterthanen aus Kuldschah, welche russische Waaren ausführen, haben die Chinesen ebenfalls zurückgeschickt. Gerüchten zufolge sollen unsere mohamedanischen Unterthanen auch aus anderen Ortschaften, ja sogar aus Kuldschah vertrieben werden".

Was nützt der Vertrag von 1881, wenn man unseren mohamedanischen Unterthanen hier den Handel verbietet und unsere Händler aus Kuldschah vertreibt? Wenn das unsere mohamedanischen Kaufleute früher gewußt hätten, so wären sie längst mit allen ihren Waaren nach Hause gereist. Während der 14jährigen Regierung Jakub-Beks mochten die Chinesen es kaum, sich hier zu zeigen. Jetzt bedrängen uns die Chinesen hier beständig. Es wäre an der Zeit, diese unruhigen Nachbarn zur Ordnung zu bringen und denselben nicht zu gestatten, Verträge zu verletzen. Selbstverständlich sind wir viel mächtiger als die Chinesen. Von Turkestan und dem Steppen-